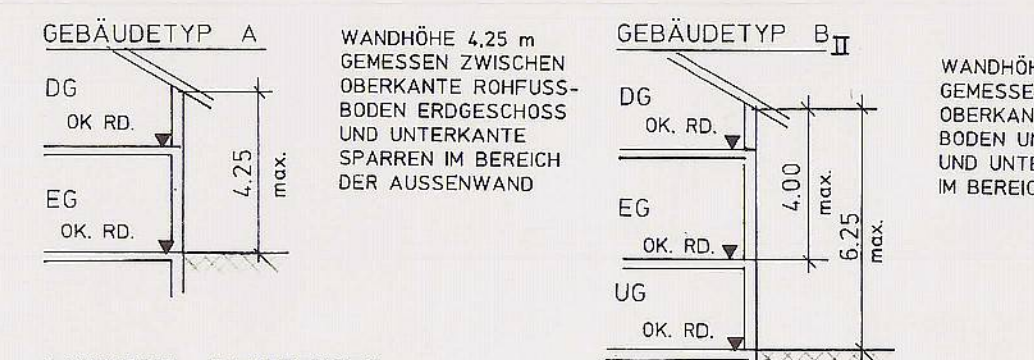


FESTSETZUNG DURCH PLANZEICHEN

ART DER BAULICHEN NUTZUNG	
WA	ALLGEMEINES WOHNGEBIET
MASS DER BAULICHEN NUTZUNG	
0,6	GESCHOSSFLÄCHENZAHL
0,3	GRUNDFLÄCHENZAHL
A, B II	GEBÄUDETYP
II	ZAHL DER VOLLGESCHOSSE (zwingend)
II	GESCHOSSZAHL ALS HÖCHSTGRENZE



BAUWEISE, BAUGRENZEN	
o	OFFENE BAUWEISE
ED	NUR EINZEL- UND DOPPELHÄUSER ZULÄSSIG
—	BAUGRENZE
—	VERBINDLICHE HAUPTFIRSTRICHUNG

ÖFFENTLICHE VERKEHRSFLÄCHEN	
—	STRASSENVERKEHRSFLÄCHEN
—	STRASSENBEGRÄNZUNGSLINIE
15	SICHTDREIECK

GRÜNFLÄCHEN, PFLANZGEBÖTE	
o	ANZUPFLANZENDE BÄUME WUCHSKLASSE II (HEIMISCHE PFLANZEN)
o	ZU ERHALTENDE BÄUME
—	ORTSRANDEINGRÜNUNG MIT LOSER BEPFLANZUNG NUR MIT HEIMISCHEN PFLANZEN UND GEHÖLZE

SONSTIGE PLANZEICHEN	
—	GRENZE DES RÄUMLICHEN GELTUNGSBEREICHES
Ga	FLÄCHEN FÜR GARAGEN
—	FLÄCHEN OHNE EINFRIEDUNG IM BEREICH DES GARAGENSTAUZAUMES STR.
STR.	STAUZAUM VOR GARAGEN

NUTZUNGSSCHABLONE

WA	A, B II	BAUGEBIET	GEBÄUDETYP, GESCHOSSIGKEIT
0,3	0,6	GRUNDFLÄCHENZAHL	GESCHOSSFLÄCHENZAHL
o	ED	BAUWEISE	HAUSTYP
SD		DACHFORM	

HINWEISE DURCH PLANZEICHEN

—	BESTEHENDE GRUNDSTÜCKSGRENZE
—	AUFZUHEBENDE GRENZEN
---	VORGESCHLAGENE GRUNDSTÜCKSGRENZEN
—	BESTEHENDE WOHNGEBÄUDE
—	BESTEHENDE NEBENGEBAUDE
284	FLURNUMMERN
894	HÖHENLINIEN MIT NN-ANGABEN
—	ELEKTROLEITUNG
GAV	GARAGENSTANDORT VORSCHLAG [NUR ALS GARAGE MIT WANDHÖHE BIS 3,00 m ZULÄSSIG KEINE WOHNUNGSNUTZUNG = FESTSETZUNG]
—	FLÄCHEN OHNE EINFRIEDUNG IM BEREICH DES GARAGENSTAUZAUMES STR., WECHSELND MIT DEM STANDORT DER GARAGEN

GEFERTIGT, DEN 01.02.1997
 GEÄNDERT AM 10.07.1997
 GEÄNDERT AM 27.08.1997
 H. RÜESS ARCHITEKT

VERFAHRENSMERKMALE

- DER GEMEINDERAT HAT IN SEINER SITZUNG VOM 17.06.1996 DIE AUFSTELLUNG DES BEBAUUNGSPLANES BESCHLOSSEN. DER AUFSTELLUNGSBESCHLUSS WURDE AM 26.06.1996 ORTSÜBLICH BEKANNT GEMACHT.
- DER ENTWURF DES BEBAUUNGSPLANES IN DER FASSUNG VOM 01.02.1997 WURDE MIT DER BEGRÜNDUNG GEMÄSS § 3 ABS. 2 BAUGB IN DER ZEIT VOM 14.05.1997 BIS 13.06.1997 ÖFFENTLICH AUSGELEGT.
- DIE GEMEINDE SULZBERG HAT MIT BESCHLUSS DES GEMEINDERATES VOM 23.08.1997 DEN BEBAUUNGSPLAN GEMÄSS § 10 BAUGB IN DER FASSUNG VOM 21.07.1997 ALS SATZUNG BESCHLOSSEN.
- DAS LANDRATSAMT OBERALLGÄU IN SONTHOFFEN HAT MIT BESCHWEIDE VOM 3.11.1997 AZ 12.1/mü/80k/ DEN BEBAUUNGSPLAN GENEHMIGT.
- DIE GENEHMIGUNG DES BEBAUUNGSPLANES WURDE AM 22.01.1998 GEMÄSS § 12 SATZ 4 BAUGB ORTSÜBLICH BEKANNT GEMACHT. DER BEBAUUNGSPLAN MIT BEGRÜNDUNG WIRD SEIT DIESEM TAG ZU DEN ÜBLICHEN DIENSTSTUNDEN IM RATHAUS SULZBERG ZU JEDERMANN'S EINSICHT BEREITGEHALTEN UND ÜBER DESSEN INHALT AUF VERLANGEN AUSKUNFT GEGEBEN. DER BEBAUUNGSPLAN IST DAMIT RECHTSVERBINDLICH.

MARKT SULZBERG, 22.01.1998
 HARTMANN
 1. BÜRGERMEISTER
 MARKT SULZBERG
 BEBAUUNGSPLAN "ALPENBLICKSTR."
 M. 1:1000

S A T Z U N G

zum Bebauungsplan "Alpenblickstraße" (Moosbach westlicher Ortsrand)

Der Markt Sulzberg erläßt aufgrund der §§ 2 Abs. 1, 9 und 10 des Baugesetzbuches -BauGB- i.d.F.d.Bek. vom 8.12.1986 (BGBl. I S.2253), zuletzt geändert durch Art. 1 des Investitionserleichterungs- und Wohnbaulandgesetz vom 22.4.1993 (BGBl. I S. 466) , der §§ 1 und 2 des Maßnahmengesetzes zum Baugesetzbuch -BauGB-MaßnahmenG- i.d.F.d. Bek. vom 28.4.1993 (BGBl. I S.622), zuletzt geändert durch Art. 3 des Investitionserleichterungs- und Wohnlandgesetz vom 22.4.1993 (BGBl. I S. 466) des Art. 98 der Bayer. Bauordnung -BayBO- in der geltenden Fassung und des Art. 23 der Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern -GO- in der geltenden Fassung folgende Satzung:

§ 1 Inhalt des Bebauungsplanes

(1) Für den Planbereich gilt die von Architekt Hermann Rueß, Moosbach, Steinach 6, am 1.4.1997 gefertigte und zuletzt am 27.08.1997 geänderte Bebauungsplanzeichnung. Diese ist Bestandteil der Satzung.

(2) Es gelten außerdem die nachfolgenden Festsetzungen:

§ 2 Art und Maß der baulichen Nutzung

(1) Das im Geltungsbereich des Bebauungsplanes liegende Gebiet wird als "allgemeines Wohngebiet (WA)" im Sinne des § 4 Bau-nutzungsverordnung (in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.01.1990 - BGBl. I S. 132), zuletzt geändert durch Art. 3 des Investitionserleichterungs- und Wohnbaulandgesetz vom 22.4.1993 (BGBl. I S. 446) festgesetzt.

§ 4 Abs. 2 Ziffer 1, 2, 3 und Abs. 3 Ziff. 1 und 2, BauNVO werden Bestandteil dieser Satzung. Nicht zulässig sind die in § 4 Abs. 2 Ziff. 2 BauNVO aufgeführten Schank- und Speisewirtschaften.

(2) Pro Einzelhaus sind max. 3 Wohneinheiten zulässig, bei Doppelhäuser je Haushälfte max. 2 Wohneinheiten.

(3) Die in § 17 Abs. 1 BauNVO festgesetzten Höchstwerte für Grundflächen- und Geschoßflächenzahlen werden durch die Festsetzung in der Bebauungsplanzeichnung ersetzt. Diese gelten als Höchstwerte, sofern sich nicht sowieso durch die festgesetzte überbaubare Fläche geringere Nutzungsziffern ergeben.

§ 3 Bauweise

- (1) Im Planbereich gilt die offene Bauweise.
- (2) Eine geringfügige Baugrenzenüberschreitung kann ausnahmsweise bis 1,00 m zugelassen werden, wenn dadurch die Baufläche insgesamt nicht erhöht wird.

Einer Verdrehung der Gebäude um bis zu 5° kann ausnahmsweise zugestimmt werden.

- (3)
 - a) Garagen und untergeordnete Nebenanlagen und Einrichtungen im Sinne von §14 BauNVO sind innerhalb der überbaubaren Flächen zu errichten. Garagen sollen entsprechend dem Bebauungsvorschlag in der Planzeichnung als Anbau an das Hauptgebäude integriert werden, sofern sie nicht als freistehende Garagen vorgesehen sind. Garagenzufahrten dürfen nicht eingezäunt werden.
 - b) Je Einfamilienhaus sind mindestens zwei PKW-Stellplätze vorzusehen. Bei mehr als einer Wohnung ergibt sich die erforderliche Stellplatzzahl durch Vervielfachung der Wohnungszahl mit einem Faktor von 1,5.
 - c) Nebenanlagen i. S. von § 14 BauNVO bis 50 cbm Umbauter Raum und Garagen sind eingeschobig ausnahmsweise auch außerhalb der überbaubaren Fläche zulässig, wenn dadurch weder Belange des Orts- und Landschaftsbildes noch Verkehrsbelange beeinträchtigt werden und die bauordnungsrechtlichen Vorschriften, z.B. Abstandsflächen, eingehalten werden können.
 - d) Garagen sind mit einem Satteldach zu versehen, wobei bei angebauten die Dachneigung dem Hauptgebäude angeglichen werden muß.

- (4) PKW-Stellplätze sind sowohl innerhalb als auch außerhalb der überbaubaren Flächen zulässig.

§ 4 Zahl der Vollgeschoße, Höhe der baulichen Anlagen

- (1) Die in der Bebauungsplanzeichnung gekennzeichneten Zahlen der Vollgeschoße mit Kreis sind zwingend.
- (2) Gebäudetyp A Höchstwerte nach der zeichnerischen Darstellung in den Festsetzungen der Bebauungsplanzeichnung.
- (3) Gebäudetyp B \bar{II} Höchstwerte nach der zeichnerischen Darstellung in den Festsetzungen der Bebauungsplanzeichnung, wobei zwei Vollgeschoße im Sinne Art. 2 der BayBO nicht überschritten werden dürfen. Diese können im Erdgeschoß und wahlweise im Untergeschoß oder Dachgeschoß entstehen.

§ 5 Firstrichtung, Quergiebel und Gauben

(1) Für die Hauptfirstrichtung sind die Einzeichnungen im Bebauungsplan maßgebend.

(2) Quergiebel sind bei Gebäudetyp A und B zugelassen, sie sind jedoch auf $\frac{1}{3}$ der Haupttrauflänge zu begrenzen und müssen mind. 0,80 m unter der Hauptfirstlinie liegen. Je Gebäude ist nur ein Quergiebel zulässig. Bei Doppelhäuser nur in Gebäudemitte.

(3) Dachgauben werden zugelassen, wenn sie sich in ihren Maßen der Dachfläche unterordnen und die Dachneigung des Gebäudes mindestens 26 Grad beträgt. Es können Giebelgauben bis zu 1,80 m Breite und abgeschleppte Gauben bis 2,50 m Breite errichtet werden. Die Firsthöhe der Giebelgauben und der obere Schnittpunkt der abgeschleppten Gauben in die Dachfläche muß mindestens 0,80 m unter der Firstlinie des Hauptdaches liegen, wobei das Maß senkrecht zu messen ist. Der Abstand zwischen den einzelnen Gauben muß mindestens 3,0 m, der Abstand zu der Giebelwand-Außenseite mindestens 1,50 m betragen. Dachgauben sind jedoch nur dann zulässig, wenn der Kniestock niedriger als 1,00 m ist.

(4) Dacheinschnitte sind unzulässig.

§ 6 Dachform und Dachneigung

(1) Im gesamten Geltungsbereich des Plangebietes sind nur ziegelrote Satteldächer (SD) zulässig. Die Dächer der Hauptgebäude müssen an der Traufe, einschließlich Dachrinne, mindestens 1,00 m - höchstens 1,35 m, am Ortgang mindestens 1,20 m - höchstens 1,40 m, überstehen. Überschreitungen sind im Bereich von Balkonüberdachungen und bei Gebäuderücksprüngen zulässig, wobei jedoch die Baugrenzen einzuhalten sind.

(2) Sämtliche Satteldächer der Hauptgebäude sind mit einer Dachneigung zwischen 24 und 30 Grad auszubilden.

Freistehende Garagen 18 bis 23 Grad.

Doppelhausbebauungen und an der Grenze zusammengebaute Garagen müssen jeweils die gleiche Dachneigung und Firsthöhe aufweisen.

(3) Ausnahmen von den Festsetzungen des Absatzes 1 können bis zu 20 cm zugelassen werden, wenn die beabsichtigte Gestaltung des Orts- und Landschaftsbildes nicht beeinträchtigt wird.

§ 7 Sockel- und Geländehöhen

(1) Bei allen Gebäuden darf die Oberkante des Erdgeschoß-Rohbodens auf der Straße zugewandten Seite nicht höher liegen als + 30 cm über fertiger Höhe OK-Straßenbelag der Erschließungsstraße, bei Fl-Nr. 293/5 bezieht sich dieses Maß auf das Untergeschoß. Das Maß wird mittig Hauptgebäude gemessen, bezogen auf Oberkante des Straßenbelages (Straßenmitte), soweit nicht ansteigendes Gelände dem entgegensteht. Vor Baubeginn ist die Gemeinde zur Höhenfestlegung hinzuzuziehen.

(2) Das natürliche Gelände darf durch Auffüllung oder Abgrabung nicht wesentlich verändert werden.

(3) Ausnahmen von den Festsetzungen der Abs. 1 können bis zu 30 cm zugelassen werden, wenn durch die beabsichtigte Gestaltung das Orts- und Landschaftsbild nicht beeinträchtigt wird.

§ 8 Kniestockausbildung

(1) Bei den durch Zeichnung festgesetzten II und - II-geschossigen Hauptgebäuden ist ein Kniestock, gemessen zwischen OK-Dachgeschoß Roh-Fußboden und OK-Fusspfette in der Flucht des aufgehenden Mauerwerkes (außen) bis zu einer Höhe von 0,50 m zulässig.

§ 9 Wintergarten

Wintergärten in Holz-Glaskonstruktionen sind erlaubt, wenn sie die Baugrenzen nicht überschreiten und die Proportionen auf den gesamten Haustyp abgestimmt sind.

§ 10 Fassadengestaltung

(1) Alle verputzten Außenwandteile sollen einen altweißen, oder leicht getönten, Außenputz erhalten. Eine auffallend grobe Musterung ist nicht zulässig.

(2) Holz sowie andere landschaftsgebundene und gestalterisch zu befürwortende Materialien sind erwünscht. Holzschalung ist senkrecht anzubringen.

(3)

a) Balkonbrüstungen, die in Holzkonstruktionen erstellt werden, dürfen nicht in übertriebener Profilierung und Schnörkeleien ausgeführt werden.

b) Balkone dürfen bei 2-geschossigen Gebäuden nicht über die Gebäudeecke gezogen werden.

Ausnahmen sind im Einzelfall dann möglich, wenn sie sich harmonisch in die Gesamtfassade einfügen.

c) Erker sind nur dann zulässig, wenn sie sich unterordnen und gestalterisch auf das Gesamtgebäude abgestimmt sind.

d) Fenster sind kleingliedrig auszubilden, z. B. zweiflügelig mit Quersprosse oder Kreuzsprossenteilung. Soweit möglich, sind Holzklappläden erwünscht.

(4) Auffallend grell wirkende Fassadenanstriche sind untersagt.

§ 11 Zäune und Einfriedungen

(1) Zäune und Einfriedungen sind als senkrechte Lattenzäune bis 1,00 m Höhe auszuführen.

Zäune im Bereich von öffentlichen Verkehrsflächen sind wegen Schneeräumung und Schneelagerung 0,50 m zurückzusetzen.

(2) Erforderliche Stützmauern sind aus Holzpalisaden oder Natursteinen zu errichten.

(3) Stützmauern dürfen nur bei nachgewiesener Notwendigkeit und nach Rücksprache mit der Gemeinde errichtet werden.

§ 12 Hofflächen und Garageneinfahrten sowie Regenwasserzisterne

Zur Erhaltung der Versickerungsfähigkeit des Bodens muß die Befestigung von Hofflächen, Hauszugängen und Garageneinfahrten mit einem sickerfähigen Belag, wie z.B. Pflaster- oder Rasengittersteinen, hergestellt werden.

Es ist ausdrücklich gewünscht, daß vor dem Einleiten in die Regenwasserkanalisation eine Regenwasserzisterne zwischengeschaltet wird, um den Verbrauch von Gieß- und Brauchwasser aus der Trinkwasserversorgung zu reduzieren.

§ 13 Doppelhäuser

Doppelhäuser sind gestalterisch aufeinander abzustimmen und dürfen nur gemeinsam erstellt werden.

§ 14 Immissionsschutz im nördl. Bereich der Kreisstraße OA 11

- Bei Gebäuden, die näher als 25 m zur Kreisstraße OA 11 hin errichtet werden, dürfen keine Ruheräume nach Norden orientiert werden.
- Bei Gebäuden, die näher als 25 m zur Kreisstraße OA 11 hin errichtet werden, sind sämtliche Fenster und Fenstertüren von Aufenthaltsräumen (Art. 48 BayBO), die an der Nord-, Ost- oder Westfassade errichtet werden, als Schallschutzfenster zu errichten. Die Ermittlung der Schallschutzfensterklasse hat nach der DIN 4109 "Schallschutz im Hochbau" zu erfolgen.
- Bei Gebäuden, die näher als 25 m zur Kreisstraße OA 11 hin errichtet werden, sind alle Schlaf- und Kinderzimmer, für die Schallschutzfenster notwendig sind, mit Lüftungstechnischen Anlagen zu versehen, die einen Außenluftwechsel von mindestens 0,5/h sicherstellen, sofern keine Lüftungsmöglichkeiten durch Fenster auf der Südseite des Gebäudes bestehen.

§ 15 Sichtdreieck

Das in der Bebauungsplanzeichnung eingetragene Sichtdreieck ist von baulichen Anlagen, Anpflanzungen, Stapelungen und sonstigen Gegenständen freizuhalten, soweit sie über das Maß von 0,90 m über die durch die Dreieckspunkte auf Fahrbahnoberfläche gebildete Ebene herausragen.

§ 16 Fernsprech- und Stromleitungen

Die erforderlichen Strom- und Versorgungsleitungen sind unterirdisch zu verlegen.

§ 17 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt gemäß § 12 BauGB am Tage ihrer Bekanntmachung in Kraft.

Sulzberg, den 15. Januar 1998.....

MARKT SULZBERG




Hartmann
1. Bürgermeister

Begründung

zum Bebauungsplan "Alpenblickstraße" in Moosbach

1.

Grund für die Aufstellung des Bebauungsplanes

Mit der Aufstellung des Bebauungsplanes will die Gemeinde dem dringenden Wohnbedarf besonders der im Gemeindebereich wohnhaften Bevölkerung Rechnung tragen. Der Gemeinde liegen über 100 Anfragen örtlicher Bürger zum Erwerb von Baugrundstücken für die Errichtung von Eigenheimen vor.

Der Nachfrage kann ohne Ausweisung von neuen Baugebieten nicht Rechnung getragen werden. Aus diesem Grunde beschloß der Marktgemeinderat am westlichen Ortsrand von Moosbach einen qualifizierten Bebauungsplan aufzustellen. Die Grundstücke im Bereich des Bebauungsplangebietes sind im Eigentum der Gemeinde und werden in 2 Bauabschnitten an bauwillige Gemeindebürger veräußert. Insgesamt sind 30 Bauplätze ausgewiesen und zwar:

- im 1. Bauabschnitt - für 9 Einzelhäuser und
für 12 Doppelhaushälften
- im 2. Bauabschnitt - für 7 Einzelhäuser
für 2 Doppelhaushälften

Die im Geltungsbereich des Bebauungsplanes zu errichtenden Wohngebäude dürfen nur als Hauptwohnsitz i. S. des Bayer. Melderechts genutzt werden.

Für das Gebiet der ehemaligen Gemeinde Moosbach liegt ein wirksamer Flächennutzungsplan vor, der das vom Geltungsbereich des Bebauungsplanes "Alpenblickstraße" erfaßte Gebiet als Fläche für die Landwirtschaft darstellt. Der Bebauungsplan setzt das Gebiet als Allgemeines Wohngebiet fest.

Für das Gebiet des Marktes Sulzberg, das aus den ehemaligen Gemeinden Sulzberg, Moosbach und Ottacker gebildet wurde, wird z.Zt. ein das gesamte Gemeindegebiet umfassender Flächennutzungsplan aufgestellt. Der momentane Planungsstand zum Flächennutzungsplan läßt ein Parallelverfahren Flächennutzungsplan-/Bebauungsaufstellung (§ 8 Abs. 3 Bau) nicht zu.

Die Bauleitplanung wird zur Deckung dringenden Wohnbedarfes betrieben. Nach § 1 Abs. 2 Satz 1 Halbsatz 1 BauGB-MaßnahmenG kann ein Bauleitplan, der der Deckung eines dringenden Wohnbedarfes dienen soll, auch aufgestellt werden, bevor der Flächennutzungsplan geändert oder ergänzt ist. Die vom Geltungsbereich erfaßten Flächen sind im vorliegenden Entwurf des Flächennutzungsplanes bereits dargestellt.

...

2.
Plangebiet

Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes besteht aus den Grundstücken Fl. Nr. 284 und 283 und einem Teilbereich des Grundstückes Fl. Nr. 285 der Gem. Moosbach. Der Bebauungsplan umfaßt eine Fläche von 20.500 qm.

Der Bebauungsplan umfaßt das Gebiet, das wie folgt umgrenzt wird:

Im Norden:

Die Kreisstraße OA 11, Fl. Nr. 297/2, Gem. Moosbach.

Im Osten:

Die bebauten Grundstücke Fl. Nr. 298, 294/3, 293/6, 293/3, 292/4 und 290/1 Gem. Moosbach.

Im Süden:

Die landwirtschaftlich genutzten Grundstücke Fl. Nr. 282 und 227, Gem. Moosbach.

Im Westen:

Das landwirtschaftlich genutzte Grundstück Fl. Nr. 285, Gem. Moosbach.

3.
Planerfordernis und Bodenordnung

Die zukünftige Bebauung des Plangebietes fügt sich harmonisch an den westlichen Ortsrand von Moosbach an. Zur sinnvollen städtebaulichen Ordnung ist die Aufstellung eines Bebauungsplanes erforderlich.

Eine anderweitige Ausweisung von Bauland in Moosbach ist derzeit nicht möglich, da keine geeigneten Flächen zur Verfügung stehen.

4.
Lärmschutz

Nördlich des Plangebietes verläuft die Kreisstraße OA 11 (OA 6 - B 309). Die Beurteilung der Immissionssituation zu Gebäuden bis 25 m zur Kreisstraße ergibt eine Orientierungswertüberschreitung des Schallpegels durch den Straßenverkehrslärm. Es sind deswegen Maßnahmen (Orientierung der Schlaf- und Kinderzimmer zur straßenabgewandten Seite) als Auflagen in der Satzung aufgenommen. Westlich und südlich grenzen landwirtschaftliche Flächen an. Jedem Bauherrn, der sich im Plangebiet ansiedelt, müssen die Auswirkungen der Allgäuer Grünlandwirtschaft mit all seinen Immissionen (Geruch, Lärm von Maschinen, Kuhglocken) bekannt sein.

5.

Verkehrerschließung, Verkehrsflächen

Das Baugebiet wird erschlossen über eine Stichstraße mit Kreisverkehr von der Kreisstraße OA 11 her. Für den Neubau der Erschließungsanlage entsteht eine Verkehrsfläche von ca. 2.500 qm. Eine fußläufige Verbindung in den Ortskern besteht über die verkehrsberuhigte Panoramastraße. Für die einzelnen Baugrundstücke ist die erforderliche Anzahl von Garagen bzw. Stellplätzen ausgewiesen. Eine entsprechende Festsetzung ist in der Satzung zum Bebauungsplan getroffen.

6.

Infrastruktur

1. Verkehrerschließungsstraße

Das Baugebiet hat mit der vorhandenen Kreisstraße OA 11 eine Anbindung an das innerörtliche Straßennetz .

2. Öffentlicher Nahverkehr

Eine Bushaltestelle befindet sich im Ort, Bahnverbindung besteht in Kempten bzw. Sulzberg-Ried (5 km Entfernung).

3. Kindergarten

In Moosbach befindet sich ein Eingruppenkindergarten.

4. Schulen

Die Grund- und Teilhauptschule befindet sich in Sulzberg (3 km), die Hauptschule (Klasse 7 - 9) in Durach (7 km), weiterführende Schulen befinden sich in Kempten. Zwischen Sulzberg, Durach und Kempten besteht Schulbus- und Linienverkehr.

5. Kirchliche und soziale Einrichtungen

Die katholische Kirche befindet sich in Moosbach, die evangelische Kirche in Kempten. In Sulzberg befindet sich ein ambulanter Krankenpflegeverein.

6. Sport und Erholung

Ein Sportplatz ist in Moosbach vorhanden. Erholung durch Wandern, Wasser- und Skisport ist in unmittelbarer Nähe möglich. (Freizeitanlage Rottachsee).

7. Einkaufsmöglichkeiten und medizinische Betreuung

Der persönliche Bedarf kann in Geschäften in Sulzberg gedeckt werden. Eine Mindestgrundversorgung ist über eine stundenweise geöffnete Verkaufsstelle gewährleistet. Zur medizinischen Versorgung stehen zwei Arztpraxen, eine Zahnarztpraxis und eine Apotheke in Sulzberg zur Verfügung.

7.

Wasser, Kanal, Strom, Abfall

Das Baugebiet kann an die vorhandene gemeindliche Wasserversorgungsanlage angeschlossen werden. Die Abwasserbeseitigung ist durch die vorhandene Ortsentwässerung im Trennsystem mit Anschluß an die Großkläranlage des Abwasserverbandes Kempten gesichert.

Es ist ausdrücklich gewünscht, daß vor dem Einleiten in die Regenwasserkanalisation eine Regenwasserzisterne zwischengeschaltet wird, um den Verbrauch von Gieß- und Brauchwasser aus der Trinkwasserversorgung zu reduzieren.

Die Stromversorgung erfolgt durch den Anschluß an das Versorgungsnetz des AÜW Kempten.

Die Beseitigung der Abfälle ist durch den Zweckverband für Abfallwirtschaft (ZAK Kempten) sichergestellt.

8.

Art und Maß der baulichen Nutzung

Die Art der baulichen Nutzung ist im Bebauungsplan als " Allgemeines Wohngebiet - WA" im Sinne des § 4 BauNVO festgesetzt. Im Baugebiet können Wohngebäude (Einzel- oder Doppelhäuser) errichtet werden, wobei pro Einzelhaus maximal drei Wohneinheiten, bei Doppelhäuser je Haushälfte maximal zwei Wohneinheiten zulässig sind.

9.

Grünordnung

Zur Gestaltung des west- und südlichen Ortsrandes zur freien Landschaft hin soll eine lose Bepflanzung mit heimischen Baum- und Straucharten erfolgen. Des weiteren sind wie festgesetzt Bäume der Wuchsklasse II zu pflanzen.

Die Versiegelung des Bodens ist durch entsprechende Materialauswahl weitmöglichst zu reduzieren.

10.

Erschließungsaufwendungen

1. Straßenausbau, einschl. Freilegung, Entwässerung und Straßenbeleuchtung	ca. DM	450.000,--
2. Kanalisation	ca. DM	455.000,--
3. Wasserversorgung	ca. DM	144.000,--
		<hr/>
insgesamt	ca. DM	1.049.000,--

Die Kosten der straßenmäßigen Erschließung werden zu 90 % auf die erschlossenen Grundeigentümer verteilt. Der gesetzlich vorgeschriebene Mindestanteil von 10 % trägt der Markt Sulzberg. Er ist in der Lage diese Kosten aufzubringen.

Die Kosten für Kanalisation und Wasserversorgung werden durch satzungsgemäße Anschlußbeiträge finanziert.

Sulzberg, 23.04.1997

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'T. Hartmann', with a long horizontal flourish extending to the right.

Thomas Hartmann
1. Bürgermeister